



Antrag

der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, FDP und die Abgeordneten des SSW

Umsetzung der Beschlüsse der Digitalen 30. Ostseeparlamentarierkonferenz 2021

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt, dass trotz der weiter andauernden Corona-Pandemie auch 2021 eine Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) im digitalen Raum stattfinden konnte und die Parlamente der Mitgliedstaaten und -regionen sich auch im 30. Jahr des Bestehens der Ostseeparlamentarierkonferenz auf eine Resolution verständigt haben.

Dies ist umso bedeutender, da sowohl angesichts der drängenden Zukunftsfragen der Ostseeregion als auch der nicht geringer werdenden und zuletzt durch die Unterdrückung der Opposition in Belarus erneut hervorgetretenen Spannungen ein besonderes Augenmerk darauf gelegt werden muss, dass der Ostseeraum auch in Krisenzeiten eine Region friedlicher und enger Nachbarschaft bleiben muss.

Daher bekräftigt auch der Landtag, dass demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Medienfreiheit, eine starke Zivilgesellschaft und stabile NGOs

sowie Chancengleichheit für alle die Grundlage der Zusammenarbeit und das Rückgrat für Frieden, Wohlstand und Umweltschutz in der Region sind.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag verurteilt aufs Schärfste die Erpressungsversuche des belarussischen Präsidenten Lukaschenko und bittet die Landesregierung alle zur Verfügung stehenden Gesprächskanäle zu nutzen, dies zu kommunizieren. Diese Versuche, Europa und die Grenzregion zu destabilisieren dürfen nicht gelingen. Der Landtag verurteilt gleichermaßen die Instrumentalisierung von Geflüchteten durch Belarus. Die Geflüchteten dürfen nicht Spielball außenpolitischer Machtspiele werden. Die Landesregierung wird gebeten, sich auf Bundesebene und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass für die Geflüchteten eine humanitäre Lösung gefunden wird, die europäischen und rechtsstaatlichen Standards entspricht.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag betont ferner, dass enge zwischenmenschliche Kontakte, der Jugendaustausch, die Einbeziehung junger Menschen über das Jugendforum der Ostseeparlamentarierkonferenz und die Vilnius-II-Erklärung des Ministertreffens des Ostseerats sowie die erneuerte „EU-Strategie für den Aktionsplan für den Ostseeraum“ die Voraussetzung für die Garantie und Sicherung der wirtschaftlichen und ökologischen Zukunft des Ostseeraums auch für künftige Generationen sind. Dies ist unbedingt notwendig, da die Lebensbedingungen der Menschen im Ostseeraum auch in der Zukunft vom Erhalt und der Verbesserung des Ökosystems der Ostsee abhängen werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt und unterstützt den Aufruf der Ostseeparlamentarierkonferenz an die Regierungen im Ostseeraum, den Ostseerat und die EU,

- die Zusammenarbeit im Ostseeraum umfassend zu verbessern,
- die Demokratie, die freien Medien und die Meinungs- und Redefreiheit in einer sich verändernden Medienlandschaft zu schützen und insbesondere junge Menschen durch eine Ausweitung der Medienkompetenzförderung in die Lage zu versetzen, kritisch zu denken und sie zu motivieren, sich an politischen Diskussionen und Entscheidungsprozessen zu beteiligen sowie

- den Schutz der Ostsee und unserer Umwelt sowie den Stopp des Klimawandels und den Erhalt der biologischen Vielfalt voranzutreiben.

Der Landtag stimmt der einvernehmlich geschlossenen Resolution zu und bittet die Landesregierung, diese in ihren Zuständigkeitsbereichen umzusetzen.

Wolf Rüdiger Fehrs
und Fraktion

Regina Poersch
und Fraktion

Bernd Voss
und Fraktion

Stephan Holowaty
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW